

Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 09.03.2026

Eine aktive Industrie- und Handelspolitik als europäische Antwort auf geökonomische Herausforderungen

Deutschland und Europa stehen vor tiefen Umbrüchen in der Weltwirtschaft: Immer mehr Staaten halten sich nicht mehr an die Regeln freien Handels und fairen Wettbewerbs. Stattdessen nutzen sie ihre Wirtschaftskraft als Machtinstrument, um politische Interessen durchzusetzen. Um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, muss Europa souveräner werden und eigene Interessen robuster durchsetzen.

Gerade Deutschland profitiert seit Jahrzehnten von offenen Märkten und wirtschaftlichen Verflechtungen in Europa und der Welt. Mit industrieller Exzellenz waren wir lange Jahre im Wettbewerb auf den Exportmärkten sehr erfolgreich. Grundlage für dieses Modell sind verlässliche Spielregeln. Doch dieses System funktioniert nur, wenn sich alle an gemeinsame Regeln halten. Immer häufiger werden Abhängigkeiten als Druckmittel eingesetzt oder sogar, um uns wirtschaftlich zu schwächen. Wenn andere nicht mehr nach den Regeln spielen, dürfen wir nicht naiv sein.

China setzt massive staatliche Subventionen ein – etwa in der Automobilindustrie, der Stahl- und Schiffbauproduktion sowie bei erneuerbaren Energien. Das Ergebnis sind Überkapazitäten, die chinesischen Produkten einen unfairen Preisvorteil auf europäischen Märkten verschaffen und zur existentiellen Bedrohung für unsere Industrie werden.

Aber auch die Vereinigten Staaten betreiben eine strategische Industriepolitik mit Zöllen und gezielten Staatsbeteiligungen, die Wettbewerbsgleichheit und fairen Handel auf den Weltmärkten entgegenstehen. Der ungleiche Zolldeal zwischen den USA und der EU ist ein Merkmal dieses nachhaltig verzerrten Wettbewerbs.

All diese unfairen Handelspraktiken zusammen genommen gefährden Wohlstand und Arbeitsplätze in Europa und Deutschland, aber auch in anderen Weltregionen, die wie wir auf regelbasierten Handel setzen. Europa darf dem nicht tatenlos zuschauen.

Als SPD sagen wir: Offene Märkte brauchen faire Regeln. Und wenn Regeln systematisch verletzt werden, muss Europa handeln. Wir sichern gute Arbeit, Wohlstand und industrielle Zukunft in Deutschland und Europa.

1. Europäische Wertschöpfung sichern: „Buy European“ pragmatisch einsetzen

Europa ist der zweitgrößte Binnenmarkt der Welt. Dieses Gewicht müssen wir nutzen.

Die öffentliche Förderung und Beschaffung richten wir dafür erstens konsequenter daran aus, heimische Wertschöpfungsketten zu sichern und Arbeitsplätze in Europa langfristig zu erhalten. Das ist verantwortliche Standortpolitik.

Wir reduzieren zweitens kritische Abhängigkeiten, die unsere wirtschaftliche Sicherheit gefährden, etwa bei Energie, Mikroelektronik, kritischen Rohstoffen oder der Lebensmittelversorgung, indem wir stärker auf nicht-fossile, heimische Energiequellen setzen und neue Energiekooperationen partnerschaftlich aufbauen, neue Technologien aktiv fördern und Lieferketten diversifizieren.

Besonders wichtig ist die Reduzierung digitaler Abhängigkeiten. Wir wollen, dass gezielt europäische Schlüsselkompetenzen in strategischen Bereichen wie Cloud-Infrastrukturen, Halbleitertechnologie, Cybersicherheit und Künstlicher Intelligenz aufgebaut werden. Öffentliche Beschaffung sollte als strategisches Instrument genutzt werden, um Innovationen „Made in Germany“ und „Made in Europe“ zu fördern und skalierbare digitale Ökosysteme zu entwickeln. Gleichzeitig braucht es eine leistungsfähige, resiliente digitale Infrastruktur – von flächendeckendem Glasfaser- und 5G/6G-Ausbau bis hin zu sicheren Verwaltungsplattformen und einer resilienten Satelliteninfrastruktur im Weltraum.

Wer Resilienz will, muss Vorsorge treffen, damit zentrale Vorprodukte nicht zum politischen Druckmittel werden. Die Auswirkungen auf die Öl- und Gaspreise durch die jüngste Schließung der Straße von Hormus durch den Iran zeigen erneut, wie wichtig u.a. strategische Öl- und Gasreserven sind, gleiches gilt auch z.B. für seltene Erden, Halbleiter und Batteriematerialien.

Damit mehr Produkte „Made in Europe“ nachgefragt werden, sind europäische Präferenzregeln ein wirksames Instrument. Deswegen setzen wir uns für eine möglichst bürokratiearme Einführung von „Buy European“-Regeln bei öffentlicher Förderung und Vergabe in strategisch wichtigen Bereichen ein, etwa bei grünem Stahl oder der Automobilproduktion. Wir fordern den europäischen Gesetzgeber dazu auf, Local Content-Vorgaben für Grünen Stahl in den Kommissionsvorschlag für einen Industrial Accelerator Act aufzunehmen. Wir haben Unternehmen in Europa, die bereits wesentliche Schritte auf dem Weg zu klimaneutralem Stahl gegangen sind – mit erheblicher staatlicher Unterstützung. Diese Pioniere jetzt nicht mitzudenken, wäre das falsche Signal.

Klar ist, dass wir Buy European-Regelungen so ausgestalten wollen, dass freier Handel mit unseren Partnern bestmöglich bestehen bleibt. Daher setzen wir weiterhin auf Handelsabkommen mit Partnern. Mercosur und das Freihandelsabkommen mit Indien sind hier wichtige Meilensteine. Wir stehen zu offenen Märkten und einem fairen wirtschaftlichen

Wettbewerb, aber wir schauen nicht tatenlos zu, wenn unfaire Handelspraktiken unsere Unternehmen und Arbeitsplätze gefährden.

2. Dumping entschieden bekämpfen

Unsere Industrie steht im globalen Wettbewerb. Dabei investieren unsere Unternehmen und Beschäftigten viel Geld und Arbeit, um durch gute und innovative Produktion auf dem Weltmarkt erfolgreich zu sein. Aber sie können nur bestehen, wenn Dumpingimporte nicht systematisch Preise und Standards unterlaufen. Damit unsere Schlüsselindustrien weiterhin Wachstumsmotor mit guten Arbeitsplätzen für die gesamte Wertschöpfung in Deutschland und Europa bleiben, brauchen sie einen besseren Schutz vor der Dumping-Konkurrenz. Die europäische Stahlindustrie ist ein Beispiel: Wer klimaneutral produzieren will, braucht faire Wettbewerbsbedingungen.

Deshalb unterstützen wir ausdrücklich das von der EU-Kommission geplante Handelsschutzinstrument im Bereich Stahl („Stahlinstrument“). Die Begrenzung zollfreier Einfuhrmengen, die Verdoppelung des Nichtquotenzollsatzes und die Stärkung der Rückverfolgbarkeit der Stahlmärkte - all das bietet der EU-Stahlindustrie einen robusten Schutz. Der europäische CO₂-Grenzausgleich (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM) muss regelmäßig auf seine Wirksamkeit überprüft werden. Solange der Grenzausgleich Wettbewerbsverzerrungen nicht ausreichend verhindert, sind Freizuteilungen für die heimische Industrie mit Augenmaß sinnvoll.

3. Billigimporte eindämmen und Verbraucherinnen und Verbraucher schützen

Produkte von Billigplattformen überschwemmen den europäischen Markt. Leidtragende sind zum einen traditionelle Geschäfte in Innenstädten und der Onlinehandel, die Standards einhalten, Ausbildung ermöglichen und Beschäftigung sichern.

Aber es geht auch um den Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern: Wer online bestellt, muss sich darauf verlassen können, dass Produkte sicher sind, dass Kennzeichnung stimmt und dass Verantwortung nicht im Paketzentrum endet. Schließlich erzeugen die Billigwaren einen wachsenden Müllberg, der unsere Recyclingsysteme und Sammelstellen an ihre Grenzen bringt.

Wir unterstützen deshalb die gezielte Schließung von Zoll-Schlupflöchern, etwa der Zollfreigrenze für Waren unter 150 Euro zum 1. Juli 2026. Dieses Zeitfenster müssen wir nutzen, um fairen Wettbewerb wiederherzustellen.

Zudem setzen wir uns außerdem dafür ein, dass mit der Einführung eines pauschalen Zolls von drei Euro pro Artikel in Warensendungen unter 150 Euro ab Juli 2026 auch eine WTO-konforme und kostendeckende Bearbeitungsgebühr für die Zollabfertigung (Union handling fee) in der EU erhoben wird. Das schafft fairere Wettbewerbsbedingungen und reduziert ökologisch und sozial bedenkliche Billigimporte.

4. Währungsmanipulation unterbinden

Wenn Staaten ihre Währung künstlich niedrig halten, verzerrt das den Wettbewerb. Entgegen aller Marktlogiken hat die chinesische Währung trotz des massiven chinesischen Handelsüberschusses in den letzten Jahren nicht aufgewertet. Die chinesische Währung wird künstlich niedrig gehalten, dadurch werden Produkte auf ausländischen Märkten unfair bevorteilt.

Wir fordern die EU-Kommission auf, Instrumente zu entwickeln, um solchen Währungsmanipulationen zu begegnen. Wir müssen ein level-playing field für europäische Unternehmen gewährleisten.